



Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Ausgabe der Kurzinfo möchten wir über die Februar und Aprilsitzung der Kammer, eine Zusammenarbeit mit dem Landeselternausschuss (LEA), vom Treffen des Elternkammervorstands mit den Kreiselternratsvorständen, sowie vom neunten Hamburger Elterntag berichten, und ein paar Terminhinweise geben.
Viel Spaß beim Lesen.



Ihre Elternkammer

Bericht von der Kammersitzung am 19.02.2013

Der Schulsenator war Gast in der Kammersitzung im Februar. Herr Rabe berichtete von den drei aktuellen Schwerpunktthemen der Schulbehörde: flächendeckender **Ganztagsausbau**, **Schulbau** und **Inklusion**. Zu den Themen **Schulqualität** und **Unterrichtsausfall** nahm er ebenfalls Stellung und stand den Kammermitgliedern für Fragen zur Verfügung.

Ganztagschule:

Insbesondere im Grundschulbereich werden in der Zeit von 2011 bis 2013 fast 140 weitere Schulen zu Ganztagschulen umgewandelt. Der überwiegende Teil wird ein offenes Angebot als „GBS-Schule“ anbieten. Allein zum Schuljahr 2013/14 werden ca. 70 Grundschulen von Halbtags- auf Ganztagschule wechseln. Damit wird es in fast 190 der etwas über 200 Hamburger Grundschulen ein Mittagessen und ein nachmittägliches Bildungs- und Betreuungsangebot für die Hamburger Schüler geben.

Probleme sind hierbei insbesondere der Kantinenausbau. Nachdem im 2012 erst 18 Kantinen fertiggestellt werden konnten, sollen im Jahr 2013 bereits weitere 70 Kantinen eine Mittagessenversorgung sicherstellen.

An den Stadtteilschulen ist die Situation bereits deutlich weiter entwickelt: von 52 Stadtteilschulen bieten aktuell bereits 38 Schulen ein Ganztagsangebot, zum nächsten Schuljahr kommen 3 weitere hinzu.

Schulbau:

Der Senator berichtete von einem Sanierungsstau in Höhe von 3 Milliarden Euro.

Um diesen Stau abzubauen stelle die Behörde aktuell 300 Millionen Euro jährlich für Sanierungen und Umbau an den Hamburger Schulen bereit. Die Umsetzung dieser umfangreichen Baumaßnahmen stellt die Schulbehörde vor Koordinationsprobleme. Ein Grobplan wurde aus Schulentwicklungs- und Rahmenbauplan erstellt und soll aktuell mit den einzelnen Schulen besprochen werden, um ihn zu konkretisieren.

Inklusion:

Seit dem Schuljahr 2010/11 haben die Hamburger Eltern für ihr Kind bei der Anmeldung zu Klasse 1 und 5 das Recht, eine allgemeine Regelschule zu wählen, auch wenn ihr Kind sonderpädagogischen Förderbedarf hat. Da viele Schulen bisher keine Erfahrungen mit der gemeinsamen Beschulung dieser Kinder haben, wurden 200 zusätzliche Stellen geschaffen.

Das größte Problem bei der Umsetzung der Inklusion besteht bei der Beschulung der Kinder mit Förderbedarf im Bereich Lernen, Sprache und emotionale und soziale Entwicklung („LSE“). Während von diesen Kindern an den Sonderschulen jährlich über 400 Kinder pro Jahrgang weniger eingeschult werden, melden die allgemeinen Regelschulen einen jährlichen Neuzuwachs von ca. 1300 Schülerinnen und Schülern. Diese Verdreifachung überfordert zur Zeit die Ressourcenplanung an vielen Schulen, insbesondere da diese Schüler sich nicht gleichmäßig über die Schulen verteilen, sondern es zu einer Häufung an manchen Schulen kommt, so dass dort ein neuer Jahrgang z.T. zu 30% aus diesen besonderen Kinder besteht, ohne dass dafür die Schulen hinreichend ausgestattet sind. Daher wurde in der diesjährigen Anmeldeunde versucht, diese Kinder so auf die Schulen zu verteilen, dass nicht mehr als 4 Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in einer Klasse sind.

Schulqualität:

Laut Senator Rabe sind der Lehrer und sein Unterricht das entscheidende Kriterium. Der Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler hänge maßgeblich davon ab, wie gut der Lehrer unterrichtet.

Dem Qualitätsmanagement an Schulen stehen viele Möglichkeiten zur Verfügung: Hospitationen, Feedback und Teamarbeit. Durch die regelmäßigen Lernstandserhebungen (Kermit) für alle Schülerinnen und Schüler in den Jahrgängen 2, 3, 5, 7, 8 und 9, deren Ergebnisse mit den Durchschnitts der Klasse, und hamburgweit verglichen werden können, erhalten die Schulen gute Diagnoseinstrumente. Eine Verbesserung der Schulqualität kann jedoch nicht „von oben“ verordnet werden, sondern muss in den Schulen vor Ort auf die jeweiligen Bedingungen am Standort abgestimmt werden.

Unterrichtsausfall:

Seit kurzer Zeit fragt die Schulbehörde jeden Freitag den Unterrichtsausfall an jeder Schule ab. Da in den Schulen noch keine eigene Software dafür existiert, werden diese Daten manuell erfasst und an die Schulbehörde rückgemeldet.

Diese Daten zeigen, dass von den rund 1,6 Millionen Unterrichtsstunden nur 1,8% ausfallen. Im Durchschnitt sei dies sehr wenig, den Schulen stehen 4,8% Vertretungsreserve pauschal und weitere 4% pro Lehrkraft zur Verfügung, sodass rein rechnerisch bis zu 8,8% Unterrichtsausfall abgedeckt sei. Bei einer durchschnittlichen Krankheitsquote von 5,3% bei den Lehrkräften werden diese Vertretungsmittel als ausreichend betrachtet.

Bericht von der Kammersitzung am 09.04.2013

In der Kammersitzung im April beschäftigten sich die Mitglieder mit den Entwürfen zur Richtlinie „Schulpflichtverletzung“ und zur Richtlinie „wissenschaftlichen Untersuchungen an Schulen“. Dazu wurden für die Sitzung der Schuldeputation zwei Stellungnahmen verabschiedet.

Schulpflichtverletzung:

Die Richtlinie wurde überarbeitet, um die neu gegründeten Regionalen Bildungs- und Beratungszentren, sowie die Jugendberufsagentur zu berücksichtigen. Insbesondere für den Grundschulbereich wurden die Verfahrensschritte detailliert, um eine schnellere Reaktion der Schule auf ungeklärtes Fernbleiben zu ermöglichen.

Bis auf zwei redaktionelle Anmerkungen hat die Kammer keine Kritik an der Überarbeitung geäußert.

Wissenschaftliche Untersuchungen an Schulen:

Hier kritisiert die Kammer, dass in der Neuregelung die Genehmigung einer Untersuchung durch Externe nun auch erteilt werden kann, wenn zusätzliche Aufgaben für die Schulen nur nach Möglichkeit und nicht mehr wie bisher grundsätzlich vermieden werden sollen. Hier besteht die Gefahr, dass den Schulen weitere Aufgaben aufgebürdet werden. Das ist nicht zumutbar und der Unterrichtsqualität mit Sicherheit nicht zuträglich.

Bei den übrigen Änderungen handelt es sich um Anpassungen an geänderte Datenschutzregelungen und Änderungen in Organisation und Ablauf der Lehrerausbildung sowie um die Einbeziehung des HIBB. Diese Anpassungen wurden wohlwollend zur Kenntnis genommen.

Gemeinsame Pressemitteilung zum Ganztagsausbau mit dem Landeselternausschuss (LEA)[\(Link\)](#)

Bei einem Treffen mit Hamburgs Schulsenator Ties Rabe haben der Landeselternausschuss für Kindertagesbetreuung (LEA) und die Elternkammer Hamburg (EKH) ihre Forderungen für ein GBS-Notfall-Paket vorgelegt. Das Treffen war zu Stande gekommen, nachdem der LEA Mitte März auf die großen Schwierigkeiten bei der Einführung von GBS (Ganztägige Betreuung und Bildung an Schulen) hingewiesen hatte. An dem Gespräch nahm auch ein Vertreter der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie & Integration (BASFI) statt.

Das Notfallpaket enthält 10 Punkte, bei denen die Elternkammer ihre Forderungen aus den Stellungnahmen der Vorjahre eingebracht hat. Die Kernforderungen der Kammer sind:

1. Insbesondere für die im nächsten Schuljahr startenden Ganztagschulen (zum Schuljahr 2013/14 führen ca. 70 weitere Grundschulen ein Ganztagsangebot ein) müssen mehr Ansprechpartner in der Behörde benannt werden, die die Anlaufphase aktiv begleiten und mit den Akteuren vor Ort offene Fragen und Probleme angehen. Zurzeit muss an vielen Standorten „das Rad neu erfunden“ werden, da die Schulen bei der Angebotskonzipierung zu sehr auf sich gestellt sind. Die Elternkammer schlägt vor, dass ein fester behördlicher Ansprechpartner nicht mehr als 10 Schulen betreut, um ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen Vernetzung und schneller Reaktionsfähigkeit zu erreichen.
2. Es wird eine umfassende und unabhängige wissenschaftliche Begleitung der Einführung von GBS gefordert, die die Evaluation der neuen Form der Kindertagesbetreuung ermöglicht. Hierbei müssen auch die Nicht-Teilnehmer an GBS berücksichtigt werden, um ihre Gründe für die Nicht-Teilnahme zu erfahren. Eine Steuerungsgruppe aus Trägern, Schulen, Eltern und Behörden soll die Evaluation begleiten. Die Ergebnisse werden für die Umsetzung weiterer Verbesserungen genutzt und veröffentlicht.

3. Die Elternkammer fordert eine Schulgesetzeanpassung, mit der sichergestellt wird, dass die Elternvertretung der an der offenen Ganztagschule teilnehmenden Kinder in den schulischen Gremien möglich ist. Nach der aktuellen Rechtslage müssten sich Eltern für ihr Kind an einer Ganztagschule in zwei verschiedenen Gremien für Vor- und Nachmittag engagieren.

Der Senator sicherte zu, die Probleme beim Ganztagsausbau zur „Chefsache“ zu machen, und sich in vierteljährlichem Rhythmus mit den Vorständen der Elternkammer und des Landeselternausschusses zusammenzusetzen, um den Stand der Umsetzung zu besprechen. Zusätzlich wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die die häufigsten Fragen der Eltern zur Ganztageinführung sammeln, beantworten und die Antworten öffentlich verfügbar machen soll.

Bericht vom Treffen des Elternkammervorstands mit den Kreiselternratsvorständen am 02.04.2013

In einer gemeinsamen Sitzung von Elternkammer- und Kreiselternratsvorständen stand Herr Jens Oldenburg vom Ganztagsreferat der Schulbehörde Rede und Antwort zu den Problemen beim flächendeckenden Ganztagsausbau.

Es wurde deutlich, dass selbst auf der Ebene der Kreiselternratsvorstände noch viele Fragen und Unklarheiten zum Ganztagsausbau an Grund- und weiterführenden Schulen bestehen.

Herr Oldenburg verdeutlichte an dieser Stelle, dass die Aussage „keiner zahlt mehr“ weiterhin gelte: Eltern, die einen gültigen Hortgutschein besitzen, bekommen die höheren Kosten für vergleichbare Leistungen bei GBS von der Behörde nach einem Jahr auf Antrag zurückerstattet. Es werde zurzeit geprüft, ob die Erstattung auch kurzfristiger beantragt werden kann, damit Eltern nicht für ein volles Jahr in Vorleistung treten müssen.

Im zweiten Teil der Sitzung diskutieren die Elternvertreter das Thema „Rückkehr zum G9 an Gymnasien?“. Das Stimmungsbild war in den einzelnen Kreisen unterschiedlich. Manche Kreise haben sich mit diesem Thema noch nicht befasst, bei anderen gibt es kein einheitliches Meinungsbild. Während es in einigen Kreisen mit einer hohen Anzahl von Grundschulen keine Mehrheit für eine Rückkehr zum neunjährigen Abitur an Gymnasien gibt, berichteten andere Kreiselternratsvorstände, dass in ihren Kreiselternräten eine Mehrheit die Rückkehr zu G9 favorisiert, da die Stadtteilschule nicht als glaubwürdige Alternative zum sogenannten „Turbo-Abitur“ an Gymnasien angesehen wird.

Es wurden Vorschläge für eine Verbesserung von G8 gesammelt:

- Fächer, die auf erhöhtem Niveau belegt werden, trifft Unterrichtsausfall besonders schwer. Hier muss qualifizierte Förderung auf erhöhtem Niveau angeboten werden. Es ist den Schülern nicht zuzumuten, sich den Unterrichtsstoff selbständig zu erarbeiten.
- die Unterrichtsformen in G8 müssen sich ändern. Mehr Lernzeit in der Schule, individuelles Lernen
- didaktische Fortbildungsverpflichtungen für Gymnasiallehrer
- Rhythmisierung der Stadtteilschulen übernehmen -> lange Mittagspausen, Doppelstundenprinzip
- Epochaler Unterricht für die zweistündigen Fächer

Veranstaltungshinweis: 16. Mai 2013 – Thema „Drogenmissbrauch“

Am 16. Mai 2013 führt die Elternkammer Hamburg gemeinsam mit dem Suchtpräventionszentrum des Landesinstituts eine Veranstaltung zum Thema „Drogenmissbrauch“ in der Klosterschule durch.

Themen werden Alkohol, Nikotin und Cannabis sein.

Die Veranstaltung richtet sich in erster Linie an Eltern von Kindern der Klassen 5 bis 10.

Beginn der Veranstaltung: 19:30 Uhr – Ort: Westphalensweg 7, 20099 Hamburg

Veranstaltungshinweis: 25. Mai 2013 – Elternworkshop „Legasthenie und Dyskalkulie“

Am 25.05.13 führen der Bundesverband Legasthenie und Dyskalkulie und der Landesverband Legasthenie und Dyskalkulie HH e.V. einen überregionalen Elternworkshop an der Schule Zitzewitzstraße (Zitzewitzstraße 51) durch, der sich an Eltern von Kindern richtet, die eine Legasthenie (Lese-/Rechtschreibstörung) und/oder eine Dyskalkulie (Rechenstörung) haben. Im Dialog mit den Betroffenen soll herausgearbeitet werden, wie Eltern selbsttätig vor Ort aktiv werden und wie sie ein Netzwerk aufbauen können. Informationen gibt es dazu, wie eine Lese-Rechtschreibstörung erkannt werden kann! Welche Unterstützungsmöglichkeiten Eltern haben! Wie Eltern das Gespräch in der Schule führen können! Und viele weitere Punkte, die hier wichtig sind.

Genauer findet sich unter der BVL-Infothek <http://www-bvl-infothek.de>;

Eltern können sich unter <http://bvl-infothek.de/node/23> anmelden.

Die Teilnahme für Eltern ist kostenlos, da das Seminar durch den BKK-Bundesverband unterstützt wird.

Für Hamburg ist die Gründung einer Selbsthilfegruppe für Eltern bei KISS-Wandsbek ab Herbst 2013 vorgesehen.

Ansprechpartner in Hamburg sind Kathrin Borowski und Chr. Klüfers-Berger unter <http://lvi-hamburg.de>

9. Hamburger Elterntag: Lernen im Wandel – Neue Wege zum Schulabschluss

[\(Link\)](#)

Zusammen mit dem Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) führte die Elternkammer auch dieses Jahr wieder einen Elterntag durch. In vier Themenräumen diskutierten über 100 Hamburger Eltern zu diesen Themen.

- **Medienkompetenz** – durch verantwortungsbewussten Umgang
- **Stadtteilschule:** Status quo/Perspektive
- **Feedbackkultur** – welche Voraussetzungen sind notwendig damit es gelingt?
- **moderne Unterrichtsformen**

In jedem Themenraum referierten zuerst Experten zu den jeweiligen Themen, und standen danach für eine Diskussion und offen gebliebene Fragen zur Verfügung.

Den Abschluss bildete eine gemeinsame Diskussionsrunde vor allen Teilnehmern, in denen die Eltern Gelegenheit hatten, auch Fragen an die Experten zu stellen, deren Themenräume sie nicht besucht hatten.

Folgende Referenten standen den Eltern Rede und Antwort:

- Frau Förster, „Verein Blickwechsel“, und Frau Lenke, TIDE, informierten über „Medienkompetenz“
- Frau Rüssmann, Schulaufsicht für Stadtteilschulen, referierte zum Thema „Stadtteilschule“
- Herr Korndörfer, Landesinstitut, für das Thema „Feedbackkultur“
- Herr Dr. Stobrawe, Lehrer, bei dem die Eltern „moderne Unterrichtsformen“ kennenlernen konnten.

In diesem Jahr plant die Elternkammer Hamburg in Zusammenarbeit mit dem Landesinstitut einen weiteren Elterntag im Herbst.

Interreligiöser Feiertagskalender

Die Sozialbehörde hat einen neuen, interreligiösen Feiertagskalender auf ihrer Homepage eingerichtet.

In Hamburg leben unter anderem gläubige Moslems, Christen, Juden, Buddhisten und Aleviten nebeneinander, ohne die genauen Feiertage der jeweils anderen Religion zu kennen.

Mehr zu den Feiertagen und ihrer Bedeutung unter:

<http://www.hamburg.de/interreligioeser-kalender>.

Neues Portal für Bildung und Freizeit

Zeitraubendes Suchen nach einem geeigneten Kurs zur Ausbildung, Weiterbildung und Freizeitgestaltung gehört in Hamburg zur Vergangenheit, denn unter **www.hamburg-aktiv.info** geht ein Bildungsportal online, in dem über 22.000 Angebote von rund 4.700 Anbietern systematisch unter einem Dach zusammengefasst sind.

Das Projekt „Lernen vor Ort“ hat dieses ehrgeizige Vorhaben verwirklicht und damit einen wichtigen Meilenstein bei der Weiterentwicklung der Ganztagschulen, der Organisation der Ergänzungs- und Ferienbetreuung sowie bei der Unterstützung von Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen Partnern gesetzt. Hamburg^{aktiv} erlaubt eine schnell handhabbare und umfassende Übersicht – flächendeckend für ganz Hamburg – aber regional strukturiert.

Mit einer einzigen Suche können sich interessierte Bürger, Lehrer, Mitarbeiter einer Beratungsstelle oder Fachplaner aus Bezirk und Fachbehörde über aktuelle Bildungsangebote und deren Anbieter informieren. Erstmals wird neben den Kitas, Schulen und Weiterbildungseinrichtungen auch die ganze Vielfalt der außerschulischen Lernorte abgebildet. Die Kurspalette reicht von der Babymassage bis zum Abschluss als Betriebswirt, von der Aquarellmalerei bis zur Ausbildung als Erzieher, vom Nähstudio bis zum Tanz für Senioren. Der Bildungsbegriff ist weit gefasst. Per Klick lassen sich alle möglichen Kurse finden, im Umfeld und auch darüber hinaus.

Insbesondere Schulen können mit Blick auf die Ausgestaltung des Ganztags von diesem neuen Angebot profitieren. Der Hamburger Ganztags wird zunehmend kooperativ gestaltet werden. Neben den Klassikern Bau-spielplatz, Jugendmusikschule, Sportverein u. ä. geht es zukünftig bei der Weiterentwicklung des Ganztags darum, viele Einrichtungen in die Gestaltung einzubeziehen

Impressum

Herausgeber: Elternkammer Hamburg
Geschäftsstelle p. A. BSB, Hamburger Straße 31, 22083 Hamburg
Tel.: 040/428 63-35 27 Fax: 040/428 63-47 06
E-Mail: info@elternkammer-hamburg.de
<http://www.elternkammer-hamburg.de>
Druck: Behördendruckerei der BSG
Verantwortlich i. S. d. P.: Gerrit Petrich, Schriftführer der Elternkammer
Geschäftsstelle p. A. BSB, Hamburger Straße 31, 22083 Hamburg

Die EKH-Kurzinformation wird von der Poststelle der BSB in 10 Druckexemplaren an alle Hamburger Schulen für alle Mitglieder des Elternrats sowie Lehrerkollegium/Schulleitung verteilt. Die Schulsekretariate erhalten sie zusätzlich per E-Mail mit der Bitte um Verteilung über die schulinternen E-Mail-Verteiler. Die EKH-Kurzinformation finden Sie auch auf unserer Homepage.

Sprechzeiten der EKH:

Die Geschäftsstelle ist außer in den Schulferien Dienstag von 15-17 Uhr und Freitag von 14-16:30 Uhr besetzt.